

12.06.2024

Kleine Anfrage 3981

der Abgeordneten Enxhi Seli-Zacharias und Prof. Daniel Zerbin AfD

Bürgerdialog im Zusammenhang mit der geplanten ZUE Wulfen – tatsächliche Einbindung der Anwohner oder lästiger Pflichttermin? Bürgermeister Tobias Stockhoff (CDU) gewinnt den Kampf um das Mikrofon, verliert aber zugleich die Bürger

Im Zusammenhang mit der geplanten ZUE Wulfen fand am 16. Mai 2024 in der St. Matthäus-Kirche eine Informationsveranstaltung statt. Fast 500 Bürger waren der Einladung gefolgt.

Gleich zu Beginn monierten zahlreiche Bürger eine unzureichende Bekanntmachung dieser Informationsveranstaltung in Wulfen. Die Einladungsfrist betrug lediglich drei Tage. Angeblich fand sich die entsprechende Einladung zudem nur im direkten Wohnumfeld in den Briefkästen und nicht im gesamten Ort, also in (Alt) Wulfen und im angrenzenden Ortsteil Barkenberg.

Neben dem Bürgermeister waren unter anderem zwei leitende Mitarbeiter der Bezirksregierung und der für Dorsten zuständige leitende Polizeibeamte erschienen.

Von Seiten der anwesenden AfD-Ratsmitglieder wird der weitere Fortgang der Veranstaltung wie folgt geschildert:

„Bereits bei den ersten einleitenden Worten des Herrn Bürgermeisters wurden erste Protestrufe laut, dass die betroffenen Bürger nicht die Funktion einer ZUE erklärt haben wollten, sondern diese Einrichtung vollständig ablehnen. Eine Bürgerin wurde gleich anfangs der Veranstaltung, aufgrund eines kritischen Zwischenrufes, von Herrn Stockhoff angedroht, sie des Raumes zu verweisen. Gratulation Herr Bürgermeister!!! Es wurde dann berichtet, dass die ZUE auf 400 Bewohner ausgelegt wird und ein Vertragszeitraum für den Betrieb der Einrichtung von zehn Jahren geplant ist. Auf die Frage nach den geplanten Bewohnern wurde Unplanbarkeit herausgestellt und gleichzeitig versichert, dass nicht mehr wie 60 % (alleinstehende) Männer diese Einrichtung bewohnen sollen. Von den Bürgern wurde lautstark artikuliert, dass man in Wulfen dieser Einrichtung nicht will! Die Bürger haben Angst um die Sicherheit ihrer Kinder, ihrer Familien und die Abwertung ihrer Immobilien. Von Seiten des Bürgermeisters wurde darauf hingewiesen, dass dieser Einrichtung völlig sicher sei und ein Sicherheitsdienst vor Ort eingesetzt wird, was sofort den Einwurf zur Folge hatte, dass man keinen Sicherheitsdienst braucht, wenn alles sicher sei. Dieser Widerspruch konnte nicht aufgelöst werden. Zum Ende der Veranstaltung kam ein betroffener Bürger mit dem Saalmikrofon nach vorne und artikuliert, unter großem Beifall aller betroffenen Bürger, zusammenfassend seine Sorgen und seine Ablehnung, die auch denen der anderen Bürger entsprach. Nachdem bereits Herr Stockhoff das Mikrofon wieder ergriffen hatte, bat dieser Bürger noch mal um das Mikrofon. Dies wurde ihm vom Bürgermeister verweigert! Trotzdem schaffte es der Bürger noch seine Bedenken zu vervollständigen. [Dabei ging es insbesondere

Datum des Originals: 12.06.2024/Ausgegeben: 17.06.2024

um Sicherheitsbedenken.] Herr Stockhoff hat ausgeführt, dass dies ein Informationsabend ist. Entscheiden würden der Sozialausschuss und der Rat der Stadt Dorsten. [...] Die Sicherheitsbedenken der Bürger wurden ignoriert. Laut Herrn Stockhoff ist das Gesetzeslage. Dann müssten die Bürger eben für andere Gesetze sorgen. Es war auffallend, wie sich Herr Bürgermeister Stockhoff und die Mitarbeiter der Bezirksregierung bemühten, möglichst lange Redebeiträge zu leisten, wohl mit dem Ziel, die Bürger so wenig wie möglich zu Worte kommen zu lassen. Wäre gestern über die Planung der ZUE abgestimmt worden, hätten sicherlich 99 % der erschienenen Bürger mit Nein gestimmt.“¹

Zusätzlich sind im Rahmen der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Dorsten zwei Bürgeranträge gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW eingegangen.² Dabei wurden weitere wesentliche Einwände gegen die geplante ZUE Wulfen benannt:

- Die Polizeiwache in Barkenberg sei bereits heute unterbesetzt. Zudem ist die Wache nicht durchgehend besetzt, am Wochenende sogar nur in der Zeit von 10:00 bis 16:00.
- Die Umgebung der geplanten ZUE ist sehr einsam, weshalb sich ein Unsicherheitsgefühl deutlich erhöhen würde.
- Eine ausreichende Beleuchtung im Umfeld der geplanten ZUE ist derzeit nicht gegeben. In diesem Zusammenhang würden bisher nicht benannte zusätzliche Kosten anfallen.
- Die ZUE ist nicht in ausreichendem Maße an den ÖPNV angebunden. Eine Angebotserweiterung würde ebenso zu zusätzlichen Kosten führen.
- Der Bau einer Zufahrt zum Gelände würde zusätzliche Kosten verursachen.
- Die Frage des Baumschutzes scheint bisher nicht geregelt zu sein.
- Die vorgesehene Fläche ist durch einen Wassergraben getrennt. Derzeit erscheint noch unklar, wie hiermit umzugehen ist.
- Die wirksame Umsetzung der Nachtruhe wird angezweifelt.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. In welcher Form soll die Sicherheit der Anwohner gewährleistet werden, insbesondere vor dem Hintergrund der nicht durchgehenden Besetzung der Polizeiwache Barkenberg?
2. Mit welchen zusätzlichen Kosten rechnet die Landesregierung im Rahmen einer Angebotserweiterung des ÖPNV?
3. Welche Planungen gibt es im Zusammenhang mit dem Entwässerungsgraben und dem Baumbestand, so er der Erschließung des Grundstücks im Wege steht?
4. Inwiefern gibt es Planungen, die Beleuchtungssituation im direkten Umfeld der ZUE zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens zu verbessern? (Bitte auch angeben, welche Kosten in diesem Zusammenhang anfallen)

¹ Vgl. <https://www.facebook.com/profile.php?id=61552916827714>

² Vgl. <https://dorsten.gremien.info/meeting.php?id=2024-HFA-186> ; HFA-Sitzung vom 12.06.2024; Top 3

5. Die direkt betroffenen Anwohner in Wulfen haben sich eindeutig gegen die Errichtung der ZUE in ihrem Ort ausgesprochen. Inwiefern soll dieser Umstand in den Planungen berücksichtigt werden?

Enxhi Seli-Zacharias
Prof. Daniel Zerbin